Nachhaltig mit Finanzen umgehen

Liechtenstein hat ein Vermögen im Umfang von rund 105 Prozent des Bruttoinlandprodukts angehäuft. Die Rückstellungen reichen aber längst nicht aus, um die Lücke zwischen künftigen Einnahmen und Ausgaben im Sozialsystem zu decken.

Von Richard Brunhart

Vaduz. – Staaten rechnen anders als privatwirtschaftliche Unternehmen, stellte Bernd Raffelhüschen gestern bei der Präsentation erster Ergebnisse der zweiten Generationenbilanz klar. Wie der Direktor des Forschungszentrums für Generationenverträge in Freiburg ausführte, werden Ausgaben erst dann erfasst, wenn sie fällig werden. Es werden zum Zeitpunkt, wenn der Staat Leistungen für die Zukunft verspricht, keine beziehungsweise zu geringe Rückstellungen gebildet. Die Ansprüche würden in den laufenden Einnahmen- und Ausgabenrechnungen versteckt.

«Zukünftige Leistungsversprechen werden in laufenden Einnahmen- und Ausgabenrechnungen versteckt.»

Bernd Raffelhüschen, Direktor des Forschungszentrums für Generationenverträge in Freiburg

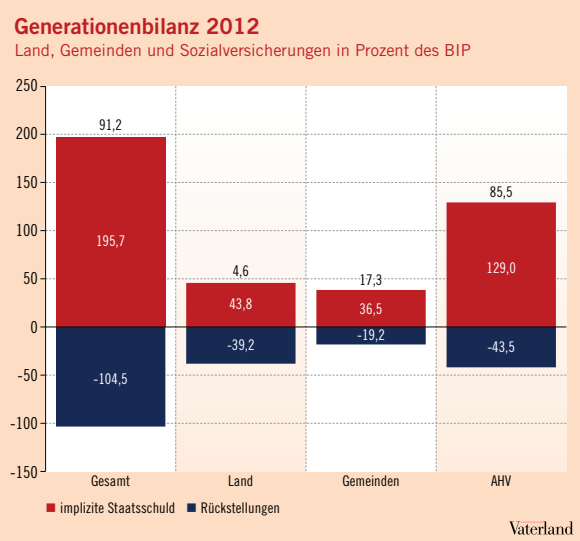
Implizite Schulden offenlegen

In der Generationenbilanz hätten die Autoren der Studie diese impliziten Schulden aufgedeckt – und den Gegenwartswert der Differenz zwischen zukünftigen Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen. Diese Differenz nennt sich Nachhaltigkeitslücke. Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Fall fiskalische Nachhaltigkeit beziehungsweise Budgetnachhaltigkeit: Gemessen wird dabei, «ob ein Staatshaushalt, so wie er im Moment aufgestellt ist, langfristig auch bestehen kann», erklärte Raffelhüschen.

Herausforderung durch Wandel

Der Druck auf fiskalische Nachhaltigkeit wird durch den demographischen Wandel verstärkt. Denn in Zukunft werden insbesondere Leistungen aus der Altersvorsorge zunehmen, da es immer mehr Rentner gibt. Zudem wird das Bedürfnis an Dienstleistungen wie Pflege überproportional steigen, da die Menschen immer älter werden. Und dies alles bei gleichzeitig sinkender Zahl an Personen im Erwerbsalter.

Gemäss den Berechnungen der Autoren der Studie werden die Ausgaben für die soziale Sicherung – Renten, Gesundheit, Pflege, Bildung und Arbeitslosigkeit – von rund 11 Prozent des BIP 2010 bis 2060 auf über 16 Prozent des BIP steigen. Die Renten würden in diesem Zeitraum von knapp 5 Prozent auf rund 8 Prozent des BIP ansteigen, führte Stefan Moog vom Forschungszentrum für Generationenverträge aus. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der AHV (siehe Grafik), obwohl durch einige Massnahmen die Nachhaltigkeitslücke bei der Altersvorsorge bereits deutlich gesenkt worden ist (siehe Kasten).



Rückstellungen reichen nicht aus: Die grössten Lücken entstehen bei der AHV, dem Land und den Gemeinden. Unter Berücksichtigung anderer Sozialversicherungen beträgt die Nachhaltigkeitslücke 91,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) – bei einem Produktivitätswachstum in der Höhe von 1 Prozent und einem Realzins in der Höhe von 3 Prozent. Grafik Ralph Vogt

Vergleichsweise komfortable Lage

Handlungsbedarf sieht Bernd Raffelhüschen trotz der im internationalen Vergleich komfortablen Lage Liechtensteins. Was getan werden kann, wird wahrscheinlich schmerzen: «Man hat nur eine Chance, die Nachhaltigkeitslücke irgendwann in der Zukunft zu schliessen, wenn man entweder die Einnahmen erhöht oder die Ausgaben senkt», sagte Raffelhüschen. Wie diese Lasten fair aufzuteilen sind, damit wird sich die Politik noch lange auseinandersetzen.

Nachhaltigkeitslücke ist grösser geworden

Vaduz. – Die aktualisierte Generationenbilanz weist gegenüber der Generationenbilanz 2007 eine grössere Nachhaltigkeitslücke aus. Die Veränderung von 39,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts auf 91,2 Prozent ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Die Aktualisierung der Datenlage und die Berücksichtigung von Zupendlern und Rentnern mit Wohnsitz im Ausland schlagen mit 31,2 beziehungsweise 130,1 Prozentpunkten zu Buche. Die Politikmassnahmen bewirken insgesamt eine Verringerung. Zwar wird die Lücke durch die nicht aufkommensneutrale Steuerreform um 41,1 Prozentpunkte erhöht, durch die Sanierungsmassnahmen aber um 22 und durch die Zukunftssicherung der AHV um 128,5 Prozentpunkte gesenkt. Letztere Massnahmen umfassen die Festlegung der Renten über eine Preisindexierung anstatt über eine Mischindexierung, die auch das Reallohnwachstum berücksichtigt, einen erhöhten Beitragssatz und grössere Abschläge bei Frühverrentung. Für die Berechnung werden einige Annahmen getroffen – insbesondere über das Produktivitätswachstum und den Realzins. Im Endbericht, der im Februar vorliegen soll, sollen dazu verschiedene Szenarien vorgestellt werden, die die Sensitivität dieser Parameter zeigen.

Copyright © 2013 vaterland 23/01/2013